

Protokoll

zur 2. gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses, des Technischen Ausschusses, des Sozialausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates Schmölln am 10. November 2016

Zeit : Montag, am 10. November 2016, von 18:00 Uhr bis 20:10 Uhr

Ort : Rathaus der Stadt Schmölln, Ratssaal, Markt 01

Anwesende Ausschussmitglieder:

Schrade, Sven - Bürgermeister,
Vorsitzender des Hauptausschusses und Mitglied aller Ausschüsse

Hauptausschuss:

Burkhardt, Alexander (Fraktion: SPD) (ebenfalls Mitglied Sozialausschuss)
Göbel, Jens (Fraktion: Neues Forum)
Keller, Jürgen (Fraktion: Bürger für Schmölln)
Hübschmann, Klaus (Fraktion: DIE LINKE) Vertretung von Herrn Rainer Schmidt

Technischer Ausschuss:

Jähler, Matthias (Fraktion: CDU) Ausschussvorsitzender
Kolz, Mirko (Fraktion: Neues Forum)
Landgraf, Lutz (Fraktion: Bürger für Schmölln)
Mittelstädt, Peter (Fraktion: SPD)
Müller, Bodo (Fraktion: SPD)
Paul, Steffen (fraktionslos/FDP) *1)
Wendt, Volker (Fraktion: CDU)

sachkundige Bürger im Technischen Ausschuss: *1)

Lemnitz, Uwe (Fraktion: Bürger für Schmölln)

Sozialausschuss:

Fischer, Salome (Fraktion: Neues Forum)
Radermacher, Roland (Fraktion: Bürger für Schmölln)
Dr. Siegmund, Volker (Fraktion: SPD)
Strobel, Ute (Fraktion: DIE LINKE)
Thomas, Christian (Fraktion: CDU)
Dr. Werner, Gundula (Fraktion: Neues Forum) *1)

Sachkundige Bürger im Sozialausschuss *1)

Müller, Reinhard (Fraktion: Bürger für Schmölln)
Rölicke, Ralf (Fraktion: SPD)
Seidlich, Mike (Fraktion: CDU)

Rechnungsprüfungsausschuss:

Keller, Katja (Fraktion: DIE LINKE)

Vertretung von Frau Lukasch

Stadtratsmitglieder: *1)

Viehweg, Denis (fraktionslos)

entschuldigte Ausschussmitglieder und Stadtratsmitglieder

Hippe, Winfried (Fraktion: CDU)

Lukasch, Ute (Fraktion: DIE LINKE)

Mitglied Hauptausschuss (dienstlich)

Vorsitzende Sozialausschuss,
Rechnungsprüfungsausschuss
(dienstlich)

Herr Schmidt, Rainer (Fraktion: DIE LINKE)

Mitglied Haupt- und Techn.Ausschuss
(dienstlich)

Schulze, Simone (Fraktion: CDU)

Mitglied Haupt- und Sozialausschuss,
Vorsitzende Rechnungsprüfungs-
ausschuss) (dienstlich)

Simon, Falk (Fraktion: CDU)

Mitglied Technischer und
Sozialausschuss (krank)

entschuldigte Sachkundige Bürger *1)

Technischer Ausschuss

Erbs, Mario (Fraktion: Neues Forum)

dienstlich

Neunübel, Rainer (Fraktion: CDU)

dienstlich

Pohlmann, Jan (Fraktion: DIE LINKE)

krank

Sozialausschuss:

Schmidt, Christoph (Fraktion: Neues Forum)

unentschuldigte Sachkundige Bürger *1)

Technischer Ausschuss

Helbig, Stefan (Fraktion: SPD)

Sozialausschuss:

Kulawik, Christopher (Fraktion: DIE LINKE)

Die o. g. Ausschüsse bestehen aus insgesamt 23 Mitgliedern,
anwesend: siehe Protokollverlauf

*1) es besteht kein Stimmrecht

anwesende Amtsleiter (anwesend siehe Protokollverlauf):

Frau Biereigel - Amtsleiterin Kämmerei

Herr Erler - Amtsleiter Bauamt

Herr Linß - Amtsleiter Hauptamt

Frau Rödel - Amtsleiterin Ordnungsamt

Gäste (anwesend: öffentlicher Teil bzw. siehe Protokollverlauf)

Herr Blum - Geschäftsführer Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH

4 Bürger

Frau Grötsch - Presse – OTZ

Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Tagung durch den Bürgermeister und Feststellung der form- und fristgerechten Sitzungsladung und Beschlussfähigkeit
2. Zustimmung zur Tagesordnung (öffentlicher Teil)
3. Genehmigung der Niederschrift zur 1. gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses, des Technischen Ausschusses, des Sozialausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates Schmölln am 27. Oktober 2016 (öffentlicher Teil)
4. Zweite Beratung zum Entwurf Haushaltsplan 2017

Verlauf der Tagung:

zu 1.

Eröffnung der gemeinsamen Tagung durch den Bürgermeister und Feststellung der form- und fristgerechten Sitzungsladung und Beschlussfähigkeit

- Einladung erfolgte an alle Ausschüsse des Stadtrates und an die Stadtratsmitglieder, welche in keinem Ausschuss tätig sind

Die 2. gemeinsame Tagung der o. g. Ausschüsse wird von dem Bürgermeister der Stadt Schmölln, Herrn Schrade, geleitet. Herr Schrade eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

- Es sind anwesend: - 18 Ausschussmitglieder
 davon: 16 stimmberechtigte Ausschussmitglieder
 - 4 sachkundige Bürger

Herr Schrade stellt die form- und fristgerechte Sitzungsladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 16 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern fest.

- Gegen diese Feststellung werden keine Einwände erhoben.

zu 2.

Zustimmung zur Tagesordnung (öffentlicher Teil)

Frau Strobel weist darauf hin, dass der Beginn der Stadtratssitzungen auf 18:30 Uhr festgelegt sei. Sie bittet, dass dieser auf Grund des Arbeitszeitendes von 18:00 Uhr einzelner Stadtratsmitglieder auch künftig eingehalten werde.

- Zukünftig soll der Beginn der Haushaltsberatung 18:30 Uhr beachtet werden.

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils zur heutigen Sitzung wird von Herrn Schrade zur Abstimmung gestellt (Anlage 1).

- Die Ausschüsse genehmigen den öffentlichen Teil der Tagesordnung in angesprochener Form.

Abstimmung: 16 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Stimmenthaltungen
(16 anwesende stimmberechtigte Ausschussmitglieder)

zu 3.

Genehmigung der Niederschrift zur 1. gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses, des Technischen Ausschusses, des Sozialausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates Schmölln am 27. Oktober 2016 (öffentlicher Teil)

Die o. g. Niederschrift (öffentlicher Teil) wird von Herrn Schrade zur Abstimmung gestellt (Anlage 2).

- Der Hauptausschuss, der Technische Ausschuss, der Sozialausschuss und der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigen den öffentlichen Teil dieser Niederschrift.

Abstimmung: 14 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 2 Stimmenthaltung
(16 anwesende und stimmberechtigte Ausschussmitglieder)

zu 4.

Zweite Beratung zum Entwurf Haushaltsplan 2017

Den Ausschuss- bzw. Stadtratsmitgliedern liegen folgende Unterlagen zum TO-Pkt. vor:

- Anlage 3 – Haushaltsplanung 2017 für die 2. Beratung am 10.11.2016
- Anlage 4 – Anfragen Neues Forum zum HH-Entwurf 2017 vom 03.11.2016
- Anlage 5 – Beschlussvorlage: Antrag zur „Johann-Friedrich-Agricola Musikschule Schmölln“ betr. Mietminderung Brauereiteich 1, Einreicher Bürgermeister (Die Vorlage wird zu Beginn der Sitzung ausgegeben.)

Herr Schrade erläutert, dass die Planung für 2017 erfolgen kann unter den Gesichtspunkten:

- Durchführung von eingeschränkten Investitionen für 2017 und Einbeziehung einer möglichen Rückzahlung der Straßenausbaubeiträge im Jahr 2018
- Sparhaushalt für 2017 und mögliche Rückzahlung der Straßenausbaubeiträge in 2018

Den Ausschuss- und Stadtratsmitgliedern ist die Anlage 3 zur Thematik zugegangen. Darin ist die Gestaltung des Haushaltsplanentwurfs beschrieben. Herr Schrade bittet um Ausführungen zu den investiven Maßnahmen im Vermögenshaushalt.

Herr Erler berichtet, dass einige Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Dies betrifft:

- Ernst-Agnes-Turm: Rückbau Kassenhaus
- Freibad: Sanierung Oberfläche Großwasserrutsche
- Straßenbeleuchtung: Crimmitschauer Straße bis Betonwerk
- Abwasser: Großstöbnitz Bergsiedlung

Weiterhin geht er auf die einzelnen Vorhaben ein – S. 16. Hierbei sind zunächst Pflichtaufgaben, wie z. B. in den Bereichen Kitas und Feuerwehr, zu nennen.

Herr Linß erläutert die Notwendigkeit folgende Maßnahmen:

Turnhalle Pfefferberg

- Sanierung Sanitäreinrichtung Kluge-Halle
- Erneuerung Flutlichtanlage (LED)

Herr Jähler stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag, dass die Umsetzung beider Maßnahmen auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.

Frau Keller meint, dass die Sanitäreinrichtung schon sanierungsbedürftig sei und daher diese Instandsetzung schon im Haushaltsplan 2017 verbleiben sollte. Die Erneuerung der Flutlichtanlage könnte auf 2018 verlegt werden. Hier verweist sie noch auf die Nutzung von Förderprogrammen für Sportstätten. Herr Linß bestätigt eine Fördermöglichkeit, erfahrungsgemäß sei jedoch die Wahrscheinlichkeit einer Förderung nicht sehr hoch. Letztlich kann Herr Linß nicht einschätzen, wie lange die Flutlichtanlage noch nutzbar sei, möglicherweise könnte dies noch 1 Jahr möglich sein. (Weiterführung der Thematik siehe S. 6)

Diskussion Rückzahlung Straßenausbaubeiträge

Herr Dr. Siegmund und Herr Keller weisen darauf hin, dass bevor man eigentlich über einzelne Haushaltspositionen berät, müsste man sich über die mögliche Auszahlung von Straßenausbaubeiträgen positionieren. Herr Schrade entgegnet hierzu, dass die Stadt nicht über die Straßenausbaubeitragsrückzahlung einen Beschluss fassen kann, weil noch keine Gesetzesgrundlage (betr. Thüringer Kommunalabgabengesetz) hierfür bestehe. Ab ca. II. Quartal könnte man erst mit einer Gesetzesentscheidung rechnen. Im Falle einer Rückzahlungsmöglichkeit würde dies vermutlich auch für 2017 nicht haushaltsrelevant für die Stadt Schmöln sein. Es müsste zuvor auch eine Beschlussfassung im Stadtrat und eine Änderung der entsprechenden Satzung hierzu erfolgen und dazu bestehe auch ein zeitlicher Aufwand. Daher sollte für 2017 schon eine Entnahme aus der städtischen Rücklage erfolgen, um Investitionen durchzuführen. Daher sollte man den Haushaltsplan-Entwurf so gestalten, dass am 15.12.2016 ein Beschluss hierzu gefasst werde und die Stadt zu Beginn des Jahres 2017 auch in Hinsicht der Umsetzung der Pflichtaufgaben handlungsfähig sein könne. Wie künftige Investitionen nach der Auszahlung der Straßenausbaubeiträge finanziert werden, z. B. über Kreditaufnahme, muss sich dann zu gegebener Zeit positioniert werden. Herr Linß merkt an, dass die Stadt die Modalitäten der möglichen Rückzahlung selbst gestalten kann. Herr Keller betont, dass die mögliche Rückzahlung der Straßenausbaubeiträge bei den künftigen Haushaltsausgaben unbedingt berücksichtigt werden muss. Herr Jähler zeigt auf, dass der Stadtrat damals bei der Einnahme durch die rückwirkende Erhebung der Straßenausbaubeiträge von 1991 bis 2003 separat betrachten und nicht in der normalen Haushaltsführung ausgeben wollte. Sicherlich kann man die Rückzahlung für 2018 einplanen und für 2017 investive Maßnahmen planen, aber es sollte unbedingt die Rückzahlungssumme vorgehalten werden. Herr Schrade erklärt, dass dann aber bestimmte Bauvorhaben (z. B. im OT Zschernitzsch) wegfallen müssen. Frau Biereigel merkt weiter an, dass die Rückzahlungsmöglichkeit auch die Jahre 2004 und 2005 betreffen. Diese komme nun zusätzlich noch hinzu. Der Stadtrat könnte die Rückzahlung aber auch nur für den Zeitraum 1991 bis 2003 begrenzen. Herr Dr. Siegmund betont, dass eine Rückzahlung der Beiträge nur erfolgen könnte, wenn eine stabile Haushaltslage vorhanden sei.

Antrag zur Geschäftsordnung (Abstimmung)

Herr Göbel stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, dass eine Abstimmung zur heutigen Sitzung nicht erfolgt. Er begründet dies damit, dass heute eine gemeinsame Ausschusstagung stattfindet und nicht alle Ausschuss- bzw. Stadtratsmitglieder stimmberechtigt seien. Er beziehe sich auch auf die Beschlussvorlage zur Thematik Musikschule (Anlage 5), welche zur heutigen Sitzung ausgereicht wurde. Die Ausschuss- bzw. Stadtratsmitglieder haben keine Gelegenheit gehabt, sich hierzu vorzubereiten.

Herr Schrade entgegnet, dass sich die Ausschuss- bzw. Stadtratsmitglieder schon zu den einzelnen Positionen äußern können. Dies wurde auch schon zu vergangenen Haushaltsberatungen praktiziert. Die angesprochene Beschlussvorlage zur Musikschule soll als Änderungsvorschlag beraten werden. Anträge seien innerhalb der Sitzung immer möglich. Er stellt den Antrag von Herrn Göbel, dass zur heutigen Sitzung keine Abstimmungsberechtigung vorliegt, zur Abstimmung.

Abstimmung: 1 Ja-Stimme / 11 Nein-Stimmen / 4 Stimmenthaltungen

- Somit ist der Antrag von Herrn Göbel abgelehnt.

Frau Dr. Werner erklärt, dass sie sich durch das Vorgehen hierzu diskriminiert fühle. Sie sei kein stimmberechtigtes Ausschussmitglied und soll nun keinen Einfluss auf eine Ab- bzw. Umsetzung von Maßnahmen im Jahr 2017 nehmen können.

Herr Landgraf betritt den Sitzungsraum um 18:30 Uhr.
(17 anwesende stimmberechtigte Ausschussmitglieder)

Frau Biereigel meint, dass eigentlich die Maßnahmen erst im Stadtrat beschlossen werden. Die Abstimmung zur heutigen Sitzung dient nur dazu, dass man die Tendenz für bestimmte Vorhaben erkennen und so den Haushaltsplan-Entwurf entsprechend gestalten kann.

- Dem Vorschlag schließen sich die Anwesenden an.

Herr Schrade erläutert, dass eine gemeinsame Ausschusstagung zum Haushalt nur aus organisatorischen Gründen gewählt wurde. Für eine Stadtratssitzung müssten sonst der Hauptausschuss und die Beigeordneten zur Tagesordnung extra beraten.

- Zur nächsten Haushaltsberatung 2018 soll die geeignetere Beratungsform geprüft werden.

Turnhalle Pfefferberg

- Sanierung Sanitäreinrichtung Kluge-Halle
- Erneuerung Flutlichtanlage (LED) (siehe Protokoll S. 5)

Im Ergebnis der bisher geführten Diskussion zieht Herr Jähler den Antrag der CDU-Fraktion zu o. g. Vorhaben zurück, da zu den einzelnen Maßnahmen abgestimmt werde.

Frau Biereigel erklärt, dass voraussichtlich eine Entnahme von ca. 1,5 Mio. Euro aus der städtischen Rücklage in den Vermögenshaushalt 2016 nicht erfolgen muss. Eine Entnahme aus der Rücklage in Höhe von nur noch ca. 1,3 Mio. Euro für den Vermögenshaushalt 2017 könnte erfolgen (siehe S. 3, S. 17). Weiter verweist sie darauf, dass hinsichtlich der Klärung der Rückzahlung der Straßenausbaubeiträge durch eine Haushaltssperre im Jahr 2017 alle Investitionen auf den Prüfstand gesetzt werden können. Ggf. könnte dann eine Kreditaufnahme für Investitionen erfolgen. Sie bestätigt, dass das Problem zur Haushaltsfinanzierung verschoben werde, aber dies hänge nur damit zusammen, dass der Stadt so viele Unklarheiten vorliegen.

Herr Viehweg (keine Stimmberechtigung) betritt den Sitzungsraum um 18:35 Uhr.
(17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder)

Herr Landgraf kritisiert die Diskussion zu den eingenommenen Straßenausbaubeiträgen für den Zeitraum 1991 – 2003 bezüglich der Einbeziehung in die normale Haushaltsfinanzierung.

Der Stadtrat hat immer dafür plädiert, dass diese Einnahmen nicht angetastet werden, damit man im Falle einer Rückzahlung über diese verfügen könne.

Herr Göbel hält es für wichtig, dass die Stadt über künftige Investitionen nicht nur für ein Jahr, sondern für einen mittelfristigen Zeitraum plane.

Herr Keller beklagt, dass das neue Gewerbegebiet „Am Wasserturm“ auf Grund der Weichenstellung zur Bebauungsplanerstellung, Grundstückserwerb usw. erst einmal eine große finanzielle Belastung für die Stadt Schmölln darstelle. Herr Schrade entgegnet, dass diese Thematik ausführlich im Technischen Ausschuss aber auch im Hauptausschuss beraten und im Stadtrat mehrheitlich beschlossen wurde. Eine Umsetzung ist auch abhängig vom Grunderwerb. Er sieht die Thematik zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur als „Chance für eine Möglichkeit“. Herr Göbel weist darauf hin, dass die Umsetzung des Gewerbegebietes bis 2021 aber städtische Gelder binde (5,8 Mio. Euro abzüglich Fördermittel). Möglicherweise kann eine entsprechende Gewerbeansiedlung Einfluss auf die Infrastruktur usw. nehmen (Wohnungsbedarf, Kita-Bedarf ...). Herr Schrade zeigt auf, dass die Stadt dies schon beachtet habe. Gegenwärtig sei man z. B. dabei, Eigenheimstandorte im Stadtgebiet zu entwickeln. Herr Jähler merkt hierzu an, dass bei einer erfolgreichen Gewerbeansiedlung die Stadt dann ja auch finanziell profitiere.

Maßnahmen 2017 – Vermögenshaushalt – S. 16.

Herr Erler und Frau Biereigel sollen die Maßnahmen kurz vorstellen. Wenn keine mehrheitlich gegenteilige Meinung vertreten werde, so Herr Schrade, können die Maßnahmen in den Planentwurf eingearbeitet werden. Dabei können sich auch die nicht stimmberechtigten Ausschuss- bzw. Stadtratsmitglieder beteiligen.

- Hierzu werden keine Einwände erhoben.

An der Abstimmung zur Gestaltung des Planentwurfs 2017 nehmen 20 Ausschuss- bzw. Stadtratsmitglieder teil.

Mehrheitliche Zustimmung der anwesenden Ausschuss- und Stadtratsmitglieder für die Plansumme bezüglich folgender Haushaltsstellen:

- EDV – Erneuerung Servertechnik – Plansumme: 89.900 Euro

Im Namen der CDU-Fraktion erklärt Herr Jähler, dass die Maßnahme verschoben werden soll. Die angekündigte Gebietsreform wäre abzuwarten und die Stadtverwaltung soll sich dann den EDV-Gegebenheiten anpassen. Frau Biereigel und Herr Burkhardt erläutern die Notwendigkeit der Ausgabe damit, dass eine handlungsfähige Verwaltung gegeben sein muss und auch die Einbeziehung der Außenstellen (wie Kita, FFw, Bürgerservice ...) wichtig sei. Die Plansumme wurde bereits auch eingekürzt.

- Umbau Fw-Zentrale Schmölln – Plansumme: 7.000 Euro
- Jugendclub, Spielplätze – Gestaltung Spielplätze – Plansumme: 6.000 Euro
- Kita „Bummi“ – Hebeanlage HW-Starkregenschutz – Plansumme: 97.700 Euro
- Kita „Finkenweg“
 - Erweiterung Gruppenräume – Plansumme: 160.000 Euro

- Anschaffung Spielgeräte Krippenbereich – Plansumme: 8.000 Euro
- Turnhalle Pfefferberg
 - Sanierung Sanitäreinrichtung Kluge-Halle – Plansumme 8.000 Euro
- Sonstige Erholungsreinrichtungen
 - Ratsplatz Schloßig (ehemaliges Bahnhof) – Plansumme: 20.000 Euro
- Dorferneuerung - Dorfflurbereinigung Zschernitzsch – Plansumme: 8.700 Euro
- Gemeindestraße
 - Ortslage Zschernitzsch – Plansumme: 401.400 Euro
 Herr Keller bezieht sich auf den grundhaften Ausbau einer Straße im Zusammenhang mit dem notwendigen Abwasserleitungsbau. Er fragt nach, ob die Stadt Kenntnis habe, wie kostengünstiger nicht grundhafter Straßenbau in diesem Falle wäre. Im OT Zschernitzsch seien die Straßen eigentlich in einem guten baulichen Zustand. Herr Erler erläutert, dass eigentlich Betrachtungen dazu nicht bestehen würden. Es gibt ein Abwasserbeseitigungskonzept für Schmölln. Hierin sollen u.a. bis 2021 98 % der Haushalte angeschlossen werden. Dies sei aber für Schmölln schwierig und wohl nicht zu realisieren. Durch die 5 umfangreichen Bauabschnitte in Zschernitzsch bis 2020 werde sich voraussichtlich die Baumaßnahme für den OT Großstöbnitz auf 2021 verschieben. Die Arbeiten zum Straßenbau los gelöst vom Abwasserleitungsbau werden hier auch geprüft.
 - Sprottebrücke A.-Bebel-Str. – Plansumme: 108.200 Euro
 Herr Erler erläutert den schlechten baulichen Zustand der Brücke und bezieht sich auf entsprechende Prüfungen bzw. Gutachten. Jetzt werde die Brücke jährlich geprüft und eine Sperrung wäre nicht auszuschließen, wenn hier nicht bald gehandelt werde. Die Variante Neubau erweist sich als kostengünstigere Bauform. Die o. g. Plansumme beziehe sich zunächst auf die Planleistungen.

Herr Keller erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem Bauzustand der vergleichbaren Brücke im Stadtgebiet „1. Mai“. Herr Erler erklärt, dass sich diese Brücke auf Grund der qualitativ guten Betonierung und Verdichtung in einem besseren Zustand befinde.

Herr Burkhardt verlässt den Sitzungsraum um 19:11 Uhr und betritt um 19:14 Uhr diesen.

- Gewerbegebiet „Am Wasserturm“ – Plansumme: 100.000 Euro
 Herr Göbel regt an, dass der Stadtrat sich über Kreditaufnahmen zu größeren Maßnahmen positioniert. Frau Dr. Werner meint hierzu, dass eine Kreditaufnahme immer im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer Investition gesehen werden sollte. Frau Biereigel gibt zu bedenken, dass z. B. im Bereich Abwasser Kredite auch in der Gebührenkalkulation einbezogen werde.
- Erschließung IG Nitzschka TG III (Erweiterung Zufahrtsstraße Fa. Burkhardt Feinkost GmbH) – Plansumme: 126.000 Euro
 Hier gab es ausführliche Beratungen im Technischen Ausschuss.
- Nödenitzscher Weg K525 – Plansumme: 43.000 Euro
 Die Maßnahme sei abhängig von dem Straßenbaulastträger bzw. Landkreis. Vorgesehen sind von städtischer Seite her der Bau von Parkplätzen als Straßenrandabschluss.

- Straßenbeleuchtung
 - Oberer Wartenberg – Plansumme 5.000 Euro
 - Queerenring (Betonstr.) – Plansumme: 3.000 Euro
 - Ortsnetz Zschernitzsch – Plansumme: 31.5000 Euro

- Parkeinrichtungen – Röntgenstr./Helmholtzstr. – Plansumme: 0 Euro
 - Dies stehe im Zusammenhang mit dem Abriss der ehemaligen TIP-Kaufhalle. Fördermittel werden nach dem Bau des neuen Parkplatzes an dieser Stelle ausgereicht.

- Wasserläufe, Wasserbau
 - Wehre Großstöbnitz – Plansumme: 3.000 Euro

 - RÜB Nitzschka GG – Plansumme: 10.000 Euro
 Hier bestehe eine Verschmutzung des Wassers, dessen Ursache geklärt werden muss. Die Plansumme beziehe sich nur auf Planungsleistungen. Die Gesamtanierung werde mit 600.000 bis 800.000 Euro veranschlagt. Herr Burkhardt dringt darauf, dass auch Haftungsansprüche geprüft werden müssen. Herr Jähler schlägt vor, dass sich der Technische Ausschuss mit dem Problem zu diesem Regenrückhaltebecken beschäftige.

 - Hochwasserschutz Sommeritz – Plansumme: 0 Euro
 (Fördermittelausreichung erfolgt nach dem Bau)

 - Rückhaltung Köthel – Plansumme: 56.000 Euro
 Herr Göbel verweist auf die Folgekosten von ca. 1,5 Mio. Euro (Schätzung) und schlägt vor, dass der Technische Ausschuss hierzu berät.

- Abwasser
 - Erneuerung Mess- und Regeltechnik – Plansumme: 15.000 Euro
 - Abwasserleitung Thomas-Müntzer-Siedlung – Plansumme: 65.000 Euro
 - Ortsnetz Zschernitzsch – Plansumme: 331.500 Euro

 - Kläranlage Selka – Plansumme: 0 Euro
 (Fördermittelausreichung erfolgt nach dem Bau)

 - Ortsnetz Selka – Plansumme: 276.000 Euro
 - Nödenitzscher Weg K525 – Plansumme: 6.000 Euro

 - Entwässerung Pfefferberg – Plansumme: 211.200 Euro
 Herr Erler beschreibt die Notwendigkeit der Baumaßnahme (Bereich von Hotel Bellevue bis Bergstraße/Unterführung zur Mühlgasse). Herr Mittelstädt bittet darum, dass in der Phase der Projektierung die bereits bestehenden Bauakten zu diesem langjährigen Problem gesichtet werden.

- Bestattungswesen
 - Gießwasserversorgung Neuer Friedhof – Plansumme: 12.400 Euro (ggf. Reserve für neue Grabfeldanlage)
 - Ersatz Tor Neuer Friedhof – Plansumme: 6.000 Euro

- Stadtkirche Schmölln - Fassadensanierung – Plansumme: 127.700 Euro
 Herr Mittelstädt regt an, dass sich die Mitglieder des Technischen Ausschuss über die Farbgestaltung hierzu informieren (Gößnitzer Straße).

**Mehrheitliche Ablehnung
der anwesenden Ausschuss- und Stadtratsmitglieder für die Plansumme bezüglich
folgender Haushaltsstellen:**

- Turnhallen Pfefferberg - Erneuerung Flutlichtanlage (LED) – Plansumme: 12.000 Euro
 - Die Maßnahme soll auf das HH-Jahr 2018 verschoben werden.
- Bürger- und Vereinshaus
 - Umbau Bowlingbahn, Saal, Keller – Plansumme: 10.000 Euro
Die Investition wird sich nicht in der Miete des dort ansässigen Gewerbetreibenden niederschlagen. Gegenwärtig beträgt die Miete ca. 1.000 Euro/Monat.
- Talsperre Brandrübél - Umbau – Plansumme: 30.000 Euro
Herr Erler informiert, dass im Jahr 2017 keine Kosten zu o. g. Thematik entstehen.
Somit kann die Summe entfallen.

= Einsparung von 52.000 Euro

Diskussion zum Haushaltsplan 2017 (Entwurf)

Herr Schrade informiert, dass zur Thematik „Breitbandversorgung“ eine Beratung im Landratsamt stattfand. Hier wurden die Kosten für Schmölln mit 62.100 Euro (noch kein endgültiger Betrag) prognostiziert. Dies entspricht einem städtischen Anteil von 10 %.

Herr Mittelstädt bedauert, dass die Problematik „Barrierefreiheit für das Rathaus“ nicht im Haushaltsplan berücksichtigt wurde. Er bittet, dass die Verwaltung sich hiermit noch einmal beschäftige und eine Lösung finde. Herr Schrade stimmt dem nicht zu. Die Rathausräumlichkeiten geben dies nicht her. Es wurden aber auch Möglichkeiten in diesem Sinne gefunden, Bsp: Nutzung des barrierefreien Sparkassensaals für die Stadtratssitzung, barrierefreier Bürgerservice.

Herr Plaul bittet, dass im Rahmen einer Stadtratssitzung über die Möglichkeit der zukünftigen Nutzung von Erträgen (oder Teilbeträge) aus den Tochterunternehmen der Stadt für den städtischen Haushalt beraten werde. Herr Schrade nimmt dies zur Kenntnis und schlägt den Termin I. Quartal 2017 vor.

Anträge – Haushaltsplan 2017 (Entwurf)

Im Ergebnis der 1. Haushaltsdebatte 2017 wurden folgende Anträge eingereicht:

FFw Schmölln – Sprungkissen in Höhe von 9.000 Euro (Anlage 3, S. 18)

Herr Kolz beschreibt die Gründe für die Antragstellung.

- Es erfolgt eine mehrheitliche Zustimmung der anwesenden Ausschuss- und Stadtratsmitglieder für diesen Antrag.

Bürgerbeteiligungshaushalt Schmölln

– Einrichtung Kostenstelle in Höhe von 750 Euro (Anlage 3, S. 19)

Die Vorsitzende des Sozialausschusses ist heute nicht anwesend. Frau Fischer als ihre Stellvertreterin berichtet, dass einige Aufgaben des Sozialausschusses an die Arbeitsgruppe abgegeben wurden. Herr Jähler entgegnet, dass er die Arbeit der Arbeitsgruppe eigentlich nicht wahrnimmt. Herr Burkhardt wünscht, dass die Arbeitsgruppe ca. 1x im Quartal

Rechenschaft über ihre Arbeit abgeben. Herr Schrade schlägt vor, dass die beantragten Mittel für den Bürgerbeteiligungshaushalt aus dem Sozialausschussbudget zur Verfügung gestellt werden.

- Hierzu werden keine Einwände erhoben.

Bibliothek – Onlineausleihe – in Höhe von 1.500 Euro (Anlage 3, S. 21)

Herr Burkhardt trägt den Antrag vor. Für die Technik dieser Ausleihe sei eine Förderung von der Landesfachstelle Thüringen möglich (100 %ige Förderung, bis 25.000 Einwohner: 1785 Euro). Die laufenden Kosten im Jahre werden mit 1.500 Euro beziffert. Hierfür sei der Antrag gestellt. Des Weiteren könnte für das Vorhaben Spenden über den Förderverein der Bibliothek eingeholt werden.

Herr Keller meint, dass die eBook-Nutzung in der heutigen Zeit zum normalen Bibliotheksgang zugehörig sei und daher eigentlich nicht eine gesonderte HHSt. einnehmen muss. Dies sollte abgewogen werden. Des Weiteren bittet er das Hauptamt zu prüfen, ob die Ausleihe hinsichtlich des Nutzungsrechts rechtskonform sei.

- Es erfolgt eine mehrheitliche Zustimmung der anwesenden Ausschuss- und Stadtratsmitglieder für diesen Antrag.

Städtepartnerschaften der Stadt Schmölln in Höhe von 8.000 Euro (Anlage 3, S. 21)

Herr Burkhardt trägt den Antrag vor. Die SPD-Fraktion schätzt ein, dass der Planansatz zu niedrig liege und schlägt die Summe von 8.000 Euro vor. Dem schließt sich der Vorsitzende des Unterausschusses Städtepartnerschaften (des Sozialausschusses), Herr Hübschmann, an und erläutert dies.

Es erfolgte eine Diskussion. Dabei werden folgende Vorschläge für die Plansumme gemacht:

Vorschlag von Herrn Schrade:	6.000 Euro
Vorschlag von Herrn Keller:	10.000 Euro

Herr Schrade stellt die Anträge zur Abstimmung. Im Ergebnis dessen, soll die Plansumme eingestellt werden, auf welche die meisten Stimmen fällt.

- Frau Rödel verlässt den Sitzungssaal um 20:23 Uhr und betritt um 20:25 Uhr diesen.

Vorschlagssumme	:10.000 Euro: 6 Stimmen
“	: 8.000 Euro: 9 Stimmen
“	: 6.000 Euro: 5 Stimmen

- Somit wird die Plansumme in Höhe von 8.000 Euro im Haushaltsplan-Entwurf eingestellt.

Herr Jähler bezweifelt die Abstimmung. Herr Schrade verweist auf die Absprache zur Abstimmung.

Änderungsvorschlag – Mietminderung Musikschule, Schulteil Schmölln, Brauhof in Höhe von 1.000 Euro für 2017 (Anlage 5)

Herr Schrade erläutert den Antrag.

Frau Dr. Werner sieht hierfür nicht die Zuständigkeit der heute eingeladenen 4 Ausschüsse. Daher schlägt sie vor, dass wieder hierzu die mehrheitliche Meinung relevant sei.

- Hierzu werden keine Einwände erhoben.

Herr Schrade bittet den Antrag nicht als Beschlussvorlage, sondern als Änderungsvorschlag anzusehen.

Herr Dr. Siegmund möchte, dass der Antrag heute nicht abschließend beraten werde, sondern vorbehaltlich der Entscheidung des Kreistages zur Kreisumlage, welcher ja auch Einfluss auf die Finanzierung der Musikschule habe.

Herr Keller kritisiert die Modalitäten zur Kreisumlage. Die Stadt soll eine erhöhte Kreisumlage zahlen und soll aber ein finanzielles Zugeständnis zur Musikschule, dessen Träger der Landkreis ist, machen.

- Es erfolgt eine mehrheitliche Ablehnung der anwesenden Ausschuss- und Stadtratsmitglieder für diesen Antrag.

Herr Schrade schlägt vor, dass der Planentwurf mit den vorgetragenen Planzahlen und Änderungen vorbereitet wird und erkundigt sich nach einem mehrheitlichen Widerspruch.

- Dieser wird nicht von den Anwesenden vorgetragen.

Weiter berichtet Herr Schrade, dass die Fraktion Neues Forum Fragen zum Planentwurf bereits eingereicht habe, welche von der Verwaltung beantwortet wurden (Anlage 4). Sobald im nächsten Jahr die Landesgesetzgebung hinsichtlich der Straßenausbaubeitragsrückzahlung gültig werde und der Stadtrat sich hierzu positioniert, kann im Haushaltsverlauf 2017 oder bevorzugt ab 2018 eine Regelung hierzu erfolgen. Gegebenenfalls muss dann auch über Kreditaufnahmen (z. B. Bereich Abwasser) beraten werden.

Frau Biereigel schätzt ein, dass in absehbarer Zeit keine neuen Erkenntnisse zum Thema Straßenausbaubeitragsrückzahlung zu erwarten seien. Daher sollte zunächst das Ziel sein, über einen beschlossenen Haushalt, in dem schon Kosteneinsparungen vorgenommen wurden, zu Jahresbeginn 2017 zu verfügen. Sie gibt noch den Hinweis, dass die angesprochene Rückzahlung auf Grund des großen haushalts- und verwaltungstechnischen Aufwandes (insbesondere: Nachtragshaushalt) nicht noch im Jahr 2017, sondern 2018 durchgeführt werden sollte.

Herr Schrade erklärt, dass die Verwaltung selbstverständlich für alle Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Jähler erinnert ausdrücklich noch einmal daran, dass der Wunsch des Stadtrates war, dass die Straßenausbaubeiträge (betr. rückwirkende Erhebung 1991 – 2003) nicht ausgegeben, sondern für eine mögliche Rückzahlung an die Beitragspflichtigen vorbehalten bleibe. Frau Biereigel erklärt hierzu, dass an diesem Willen beim gegenwärtigen Stand festgehalten werde.

Herr Schrade beendet den öffentlichen Teil zur 2. gemeinsamen Tagung des Hauptausschusses, des Technischen Ausschusses, des Sozialausschusses und des Rechnungsprüfungsausschusses des Stadtrates Schmölln um 20:38 Uhr.

Die Presse (Frau Grötsch), Herr Blum, 4 Bürger und Herr Burkhardt verlassen den Sitzungsraum. (20 anwesende und 17 stimmberechtigte Ausschussmitglieder)

.....
Sven Schrade
Bürgermeister

Schriftführerin:
(Kirsten Lippold)

Die Tagung wird mit dem nicht öffentlichen Teil fortgeführt.